

Beschlüsse der Delegiertenversammlung 2025

Beschluss 1: Jahresabschluss 2025

Beschluss 2: Haushalt 2026

Beschluss 3: Änderung der Geschäftsordnung § 3/5.

Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme und kann nur eine Stimmübertragung übernehmen

Beschluss 4: Wir weigern uns, Feinde zu sein** – Militarisierung verhindert keinen Krieg

Mit großer Sorge sieht pax christi die Engführung der laufenden sicherheitspolitischen Diskussion auf den Bereich der militärischen Aufrüstung und plädiert für den Gedanken der Einbeziehung und Einübung gewaltfreier Resilienz und sozialer Verteidigung gegenüber der Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Es muss alles daran gesetzt werden, Kriege zu verhindern und nicht zu führen. In diesem Sinne sucht pax christi das Gespräch mit der evangelischen und katholischen Militärseelsorge über das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Bündnis-, Spannungs- und Verteidigungsfall“, kurz auch „Geistlicher Operationsplan Deutschland“ genannt.

Beschluss 5: Einsetzung einer Kommission Flucht und Migration

Als Arbeitsauftrag für die Kommission beschließt die Delegiertenversammlung:

Die Kommission beobachtet die politische Lage zum Thema Migration in Deutschland und der Europäischen Union. Die Kommission setzt sich mit der Situation geflüchteter Menschen in Deutschland und Europa auseinander. Die Kommission bewertet die politischen Statements und Gesetzesinitiativen und initiiert dazu Aktionen, Kampagnen, Briefe etc.

Die Kommission will Gruppen in pax christi, die zum Themenbereich Flucht und Migration arbeiten, vernetzen.

Sie will kirchliche Gremien auf regionaler- und Bundesebene sowie Jugend- und Erwachsenenverbände zum Mitengagement gewinnen.

Die Kommission arbeitet als Partner in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken mit.

Dem im Zuge der anhaltenden Migrationsdebatte sichtbar werdenden Rassismus und der neuen Härte gegenüber Geflüchteten gilt es, durch Aufklärung und Fakten positive Bilder entgegenzusetzen.

Die Mitglieder der Kommission bilden sich zu verschiedenen Fragen des Themenbereichs Migration, Asyl und Integration als Multiplikator:innen weiter und stehen Diözesanverbänden und Gruppen der Bewegung als Gesprächspartner:innen und Kooperationspartner für gemeinsame Aktionen zur Verfügung.

Als Mitglieder der Kommission wurden gewählt:

- Franz Josef Conraths, pax christi Berlin
- Egon Jöckel, pax christi Fulda
- Johannes Kirsch, pax christi Paderborn
- Thomas Meinhardt, pax christi Rhein-Main

Beschluss 6: Nachwahl eines Mitglieds in die Kommission Friedenspolitik

Peter Schönhöffer wurde zum Mitglied der Kommission Friedenspolitik gewählt.

Beschluss 7: Kriegsdienstverweigerer informieren, beraten und unterstützen

pax christi hält ein flächendeckendes Angebot in der Katholischen Kirche zur Beratung und Begleitung von Kriegsdienstverweigerern für erforderlich. Deshalb sollte es eine Kooperationsstruktur zwischen den Seelsorgeämtern und Jugendämtern der Diözesen, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und pax christi geben, die dafür sorgen, dass Beraterinnen und Berater für

Kriegsdienstverweigerer gewonnen, befähigt und beauftragt werden, ebenso Beistände, sollte es zu einem Verfahren kommen. Eine solche Struktur bildete früher die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst (KAK). Wichtig ist dabei die Kooperation mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK). pax christi setzt sich für dieses Anliegen auf Bundesebene und in den Diözesen ein.

Beschluss 8: „Der russischen Kriegswirtschaft das Geld entziehen“

Der Krieg gegen die Ukraine muss schnell beendet werden.

pax christi Deutschland fordert die Bundesregierung auf, kurzfristig die nachfolgend aufgeführten, gewaltarmen Maßnahmen als Alternative zu weiteren Waffenlieferungen umzusetzen und in der Europäischen Union entschieden für gleichlautende Maßnahmen durch die EU zu werben:

- Alle Gas-, Öl- und Uranimporte aus Russland nach Deutschland und in die EU werden schnellstmöglich verboten. EU-Staaten, deren Energieversorgung dadurch nicht mehr gewährleistet wäre, werden von den anderen EU-Partnern mit Energie versorgt. Die dadurch zusätzlich benötigte Energie soll perspektivisch durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energie gedeckt und nicht durch Fracking-Gas ersetzt werden.
- Deutschland und die EU sanktionieren alle identifizierten Schiffe der sogenannten russischen Schattenflotte, um die Ölsanktionen durchzusetzen und die Gefahr massiver Umweltschäden durch zumeist nichtversicherte und häufig ungeeignete Tanker zu reduzieren.
- Deutschland und die EU insgesamt erlassen ein vollständiges Exportverbot für Dual-Use-Güter nach Russland die für die russische Rüstungsproduktion nutzbar sein können.

Ziel dieser Maßnahmen sind ein kurzfristiger Waffenstillstand und der ernsthafte Einstieg in Friedensverhandlungen. Im Zuge solcher Verhandlungen sollen diese Maßnahmen schrittweise zurückgenommen werden und eine Energiepartnerschaft mit Russland angestrebt werden.